

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch
11. Februar 1923

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vormwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2806-2807

Rechtsblock-Parlamentarismus.

Ein neuer Anschlag auf die Reichstagsrechte.

Die Rechtsparteien unternahmen gestern im Steueraus- schuß des Reichstags auf Grund einer Anregung des Staats- sekretär Popitz den Versuch, durch den Steueraus- schuß be- schließen zu lassen, daß für das Jahr 1923 nur die Hälfte der Vermögenssteuer erhoben werden, die andere Hälfte gestundet soll.

Diese wichtige Entscheidung sollte im Ausschuß, nicht im Plenum vor der gesamten Öffentlichkeit unter der Hand getroffen werden. Der Versuch soll wiederholt werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraus- schusses haben darauffhin dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. Dr. Oberjöhren, folgenden Brief ge- sandt:

„Am Schluß der gestrigen Sitzung des Steueraus- schusses des Reichstags ist infolge des von unserer Seite erhobenen Ein- spruches die Ab- sicht ausgegeben worden, den Ausschuß weiter mit dem Plan der Stundung der am 15. Februar fälligen Vermögenssteuerrate zu be- fassen. Sie selbst, geehrter Herr Kollege, stellen als Vorsitzender die Einbringung eines Initia- tive- gesetzes zur verfassungsmäßigen Verwirklichung der von den Parteien der Rechten begehrten Wünsche in Aussicht. Nun geht uns heute die Einladung zu einer Sitzung des Steueraus- schusses am Freitag, den 13. Februar, zu, mit der Tagesordnung: „Beschließung der ersten Vorauszahlungsrate auf die Vermögens- steuer vom 15. Februar auf den 15. Mai 1923.“

Der Ausschuß hat sich nach § 38 der Geschäftsordnung nur mit den ihm überwiesenen Gegenständen zu beschäftigen. Der auf der Tagesordnung stehende Gegenstand ist dem Ausschuß nicht über- wiesen. Von den Bestimmungen der Geschäftsordnung kann nur abgesehen werden, wenn niemand widerspricht. Wir wider- sprechen hiermit der Beratung des für die Sitzung vom 13. Februar vorgesehenen Gegenstandes und ersuchen Sie, die Einberufung dieser Sitzung rückgängig zu machen.“

Die Absicht, unter der Hand die Interessen des Besitzes wahrzunehmen unter Verkümmern der Rechte des Reichs- tags, charakterisiert den Rechtsblock!

Der Zorn der Deutschnationalen.

Wieder ward nicht! — Beschimpfung der Rheinländer.

Die Wahl von Dr. Marx zum preussischen Minister- präsidenten wird von der Rechtspresse mit fast noch größerem Zorn aufgenommen als seinerzeit die Wahl von Otto Braun. Diese Wahl und alles, was inzwischen über die voraussichtliche Konstitution des Kabinetts Marx bekannt geworden ist, zeigt den Rechtsparteien, daß ihr Erfolg in Preußen nicht sehr wahr- scheinlich ist, und daß ihr tatsächlicher Erfolg im Reich auf sehr schwankendem Grunde ruht. Sie verstehen recht gut, was eine Regierung Marx in Preußen für den Rechtsblock im Reich bedeutet.

Auf alle Fälle macht die „Zeit“, das Organ der Volkspartei, sich stark und schmäht Konsequenz in der Opposition auch gegen Marx:

„Die „Germania“ deutet in sehr durchsichtigen Wendungen an, daß das Zentrum leicht in der Lage wäre, im Reichstag die Rechnung zu präsentieren, die man ihm im preussischen Landtag nicht honorieren will. Derartige Einschü- terungsversuche werden ganz ohne Wirkung bleiben. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bereits dem Ministerpräsidenten Braun die Frage verneint, ob sie gegebenenfalls bereit sei, ein Kabinett der Weimarer Koalition unter einer anderen Führung als der des Herrn Braun zu konsolidieren. Wir wissen nicht, ob der neugewählte Ministerpräsident Marx sich mit einer ähnlichen Frage an die Fraktion der Deutschen Volkspartei wenden wird. Es ist ja vorläufig überhaupt noch ungewiß, auf welche Weise Herr Marx versuchen wird, eine Regierung auf die Beine zu brin- gen. Sicher aber ist, daß sich die Haltung der Landtags- fraktion der Deutschen Volkspartei in keiner Weise geändert hat und sich auch nicht im geringsten ändern wird.“

Man wird abwarten müssen, ob der Wein der kon- sequenten Opposition wirklich getrunken wird. Zwischen Lipp und Kelschbrand kann sich leicht ein Stiefmann eindringen.

Die deutschnationale Presse aber tobt. Es war wieder nicht! Heute auch noch keine Portefeuilleverteilung. Sie müssen sich weiter die Füße in den Leib stecken. Da sollen sie nicht schimpfen! Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Ganz abgesehen aber noch von der Person des Herrn Severing bedeutet dieses ganze Kabinett eine direkte Her- ausforderung der bisherigen Opposition, ja des ganzen Landes. Es ist mehr als ein starkes Stück, wenn man anderen bürgerlichen Parteien zumutet, ein solches Gebilde einseitig und anspruchsvollster Parteipolitik zu unterstützen oder auch nur ohne allerschärfsten Widerstand zu errögen. Und ein noch stärkeres Stück, wenn die „Germania“ gegenüber der Deut- schen Volkspartei Eindeutungen macht, die sich als ziemlich unvorhüllte Drohungen charakterisieren.“

Die Deutschnationalen, deren Herr v. Kries nun den zweiten Durchfall hinter sich hat, tun so, als ob sie das ganze Land und das Volk allein wären. In diese Kerbe haut die „Kreuzzeitung“, das Organ der „echt preussischen Männer“. Ihre Beschimpfungen gegen das kommende

Kabinett Marx sind echt konservativ gemein. Unter der Ueberschrift: „Lauter westliche Minister“ schreibt sie:

„Wird dieses Kabinett Marx Wirklichkeit, dann muß man sich wirklich über den Mut derjenigen wundern, die dem preussischen Volke ein solches Ministerium aufzubringen wagen. Das über- wiegend evangelische Preußen soll von vier katho- lischen Zentrumministern, einem internationalen Dis- sidenten und drei Demokraten regiert werden! Alle diese Herren stammen aus dem Westen; nicht ein Minister ist im Norden oder Osten, in Pommern oder Schlesien heimisch.“

Lauter „westliche Minister“, keiner aus Pommern oder Schlesien — man versteht recht gut, wie es gemeint ist. „Westliche Minister“ — nicht wahr, das hat so einen kleinen Hautgout, so wie nicht patentiert national, daß man beinahe sagen möchte, es riecht fast wie Landesverrat? Im Westen liegt ja auch Frankreich, und „westliche Minister“ — nun ja, man weiß schon, wie die „Kreuzzeitung“ es meint.

Keiner aus Pommern, keiner aus Schlesien! Nun wissen wir es ja: der echte Preuße und der echte Deutsche ist ein Ostelbier, die gemeinen Rheinpreußen, die aus Westfalen, die Niedersachsen, die wir bisher für kernigste deutsche Männer hielten — die sind keine echten Preußen und Deutschen, die sind zweifelhafte, nur gut dazu. Anhängel an Pommern und Schlesien zu sein. Man denkt an die Mißachtung der „Nationalpost“ gegen die „Rhein- kelten“. Der „Rheinkelte“ Marx mit lauter west- lichen Ministern und kein Ostelbier aus agrarischem Stamm? Da soll die deutschnationale Meute nicht aufheulen!

Diese Verleumdung sind es, die immer die Rücksicht auf das Staatswohl im Munde führen, wenn sie an der Zerlegung seiner Einheit arbeiten. Anders sieht staatspolitische Verant- wortung aus als das Treiben der Deutschnationalen. Die „Germania“ schreibt:

„Innenminister Heiß Severing, dessen sachliche Eigen- schaft nicht bestritten werden kann. Die Sozialdemo- kratie besitzt jedenfalls ein bedeutendes Maß staats- bürgerlicher Einsicht, wenn sie sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt.“

Die Sozialdemokratie hat in der Tat in Preußen das Staatsinteresse über das reine Agitationsinteresse gestellt. Das Geheul der Deutschnationalen zeigt: sie hat recht getan.

Isidor Kreils Presse.

Verlegene Äußerung.

Wie auf Kommando mußte die Rechtspresse zu schweigen, als die Enthüllungen über den „Zeugen“ Isidor Kreil aus Kallmünz erfolgten. Die vorliegenden und angedeuteten Dokumente dieses mit solchen Pässen und reichen Geldmitteln ausgestatteten deutschnationalen Vertrauensmannes sind aller- dings zu blamabel, als daß die Stahlhelm-Leute um Rothardt sich eine andere als Ueberrassigungswirkung davon hätten ver- sprechen können.

Nun sie ohne ihr Zutun doch der Öffentlichkeit übergeben worden sind, also die Benutzung der Kreil-Aussagen während der Prozeßverhandlungen so gut wie ausgeschlossen sind, suchen einige der Rechtsblätter von dem Kern der Dinge abzu- lenken. Sie veröffentlichen eine Zuschrift der Verteidiger Rothardts, monach diese zwar sich um Kreil bemüht haben, aber auf seine Aussage keinen Wert mehr legen. Das ist alles: Von den reichen Geldmitteln, die dem Isidor Kreil zugeflossen sind, schweigt die Rechtspresse in allen Sprachen. Der Hugen- berg-„Tag“ glaubt die ganze Sache mit einigen Redensarten abtun zu können. Aber in der „Nationalpost“ gibt der Emil Kloth zu, daß er, der Hauptzeuge und Materialbesorger des völkischen Angeklagten, diesen vor der Hauptverhandlung mehrfach beraten habe. Er gibt weiter zu, daß Rothardt an den Kreil 100 Mark geschickt habe, damit dieser nach Stahlfurt kommen und ihm sein Material unterbreiten könne.

Nun ist die Glaubwürdigkeit dieses Emil Kloth zwar selbst von dem Magdeburger Gericht entsprechend gemindert worden, indem alle seine Behauptungen als glatt widerlegt angesehen wurden — aber in diesem Falle wird er doch nicht die Unwahrheit sagen. Also Herr Rothardt gibt durch Kloth zu, daß er mit Kreil in Briefwechsel gestanden und ihm Geld geschickt hat.

Wer besorgte nun die Pässe und bezahlte die Schweizer Reise? U. a. m. g!

Koenen.

„Die KPD. wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.“

Als die ersten Mitteilungen über Beziehungen finanzieller Art zwischen Koenen und Barmat bekannt wurden, erließ Herr Koenen eine hochgeschlossene Erklärung. Die „Rote Fahne“ aber setzte in Fettdruck darunter: „Die Kommunistische Partei wird sich mit der Angelegenheit beschäf- tigen.“

Inzwischen sind im Untersuchungsausschuß un widersprochen Mit- teilungen über die Beziehungen zwischen Koenen und Barmat gemacht worden, die alle Erklärungen Koeners Lügen strafte. Hat die Kommunistische Partei sich mit der Angelegenheit beschäftigt? Oder hat man nur zu Vertuschungszwecken den schönen Satz gepredigt:

„Die Kommunistische Partei wird sich mit der Angelegenheit be- schäftigen?“

Der Tscheka-Prozeß.

Die Verhandlungen in Leipzig.

Vor dem Staatsgerichtshof hat in Leipzig am gestrigen Tage ein Prozeß begonnen, der bereits jetzt schon geeignet ist, die größte Aufmerksamkeit zu erregen und der voraussicht- lich noch weiter das Interesse der Öffentlichkeit in An- spruch nehmen wird. Es handelt sich um die Unternehmung der sogenannten von der KPD. organisierten Tscheka, der die Beseitigung von politischen Gegnern oder von Spitzeln zur Aufgabe gestellt gewesen sein soll.

Die Kommunisten haben ein sehr probates und ein- faches Mittel, ihnen unbequeme Dinge aus der Welt zu schaffen. Jeder, der in einem Prozeß in die Lage kommen könnte, die KPD. durch Aussagen irgendwie zu belasten, wird schlantweg für einen Spigel erklärt. Der Fall Bohnen- hardt ist in aller Erinnerung. Seine Flucht in das Ge- bäude der russischen Sowjet-Handelsdelegation führte zu dem bekannten Zwischenfall zwischen Deutschland und Rußland und zur zweimonatigen Unterbrechung der Handelsbeziehungen. Da den Moskauern es außerordentlich peinlich war, daß durch diese Flucht das Vorgehen der preussischen Polizei auch nur einen Schein von Berechtigung erhielt, so wurde schlantweg der Befehl ausgegeben, Bohnenhardt zu verlongnen, und prompt wurde dieser Mann, dessen subjektive Ehrlichkeit und idealistische Ueberzeugung außer jedem Zweifel steht, in der „Roten Fahne“ zum Spigel erklärt.

Nicht anders wird die Geschichte jetzt von der KPD. ge- handhabt. Der Hauptangeklagte im Leipziger Tschekaprozeß, ein gewisser Felix Neumann, war nachweislich und un- widerprochen jahrelang Parteifunktionär und zuletzt ange- stellter Sekretär der KPD. Die übrigen mit ihm in das Ver- fahren verwickelten Personen sind ebenso unbestreitbar seit Jahren Mitglieder und engere Vertrauenspersonen der KPD. Die Sache ist also brenzlich. Prompt wird mit großem Geschrei von der KPD. Felix Neumann offiziell als geisteskranker Spigel ausgegeben. Tagaus, tagein kreischt die „Rote Fahne“ wie eine hysterische alte Jungfer über die Gemeinheit der bösen Mittelwelt, in der die unschuldigen Engel der KPD. zu leben gezwungen sind. Mutig und würdig wird man ein solches Verfahren nicht nennen können.

Wenn nun Neumann ein Spigel war — ist es da nicht sehr merkwürdig, daß seine Aussagen über die militärische Organi- sation der KPD. so ganz und gar nicht aus den Fingern gelogen zu sein scheinen. An der Spitze dieser Organi- sation stand — nach der Angabe Neumanns — ein gewisser „Kleine“. Die „Rote Fahne“ geht heute morgen um diese Aussage noch mit einem großen Bogen herum. Wir sind neugierig, wie die „Rote Fahne“ morgen den passenden Vers dazu gefunden haben wird. Sollte ihr dieser Kleine wirk- lich ganz unbekannt sein? Sollte auch die Redaktion der „Roten Fahne“ vergessen haben, wer und was dieser Kleine war und welche Rolle er in der Zentrale der KPD. zu Brand- lers Zeiten gespielt hat? Nach den ausführlichen Schilder- ungen Neumanns ging die Kommunistische Partei im Sommer 1923 dazu über, ihren militärischen Apparat weiter auszubauen. In die Spitze wurde ein Revolutionskomitee gestellt, das, wie alles in der KPD., nach russischem Muster „Revo.“ genannt wurde. An der Spitze stand Herr „Kleine“. Die Arbeit des Revo. gliederte sich in verschiedene Abteilungen: militärische Organisation (Mbrod), operative Lei- tung ein russischer Offizier Stoblewski. Gorem, den man sich von der Exekutive schiden ließ, Verkehrsabteilung Hodert (als Gemerkschaftler!) und Nachrichtendienst Felix Wolff. Untergeordneter Natur war wohl die Ernährungsabteilung mit Herrn Kach an der Spitze.

Ueber Felix Wolff (der Vorsitzende fragt nach, ob das ein Russe sei) sagt Neumann aus, daß er in der russischen Handels- delegation gefessen habe. Schon diese eine Bemerkung Neu- manns zeigt, daß er vollkommen unterrichtet ist. Ist er wirklich ein Spigel, dann haben sich die verantwortlichen Herrschaften der KPD. diesen Spigel in sehr unangenehmer Weise zunutze kommen lassen. Sie haben dann entschie- den Rech gehabt.

Daß der augenblickliche Prozeß eine reifliche Auf- klärung der Vorgänge in der KPD. geben wird, glauben wir nicht. Er wird aber doch genügend das ganze Mißver- hältnis der verbrecherischen Revolutionspolitik beleuchten. Mit Revolu- tern und Maschinengewehren, mit Stichtrupps und Spreng- verfahren eine Revolution zu machen, diese kindische Idee ist in den Köpfen der KPD.-Führer schwer auszuwurzeln. Im Herbst 1923 sind ihre Versuche genau so vorbeigezungen, wie im März 1921. Sie werden immer wieder vorbeigeh- en, aber unendlicher Schaden wird der deutschen Ar- beiterbewegung dadurch zugefügt, daß diese Phantasten die geschlossene proletarische Bewegung dauernd unterminieren können. Gewiß wird es in erster Linie von der allgemeinen europäischen Entwicklung abhängen, ob die Rückwärts- entwicklung der kommunistischen Bewegung weitere Fort- schritte machen wird. Die Aufklärungen des augenblicklichen Leipziger Prozesses werden aber zweifellos ebenfalls erheblich zur Ernüchterung der verführten Arbeitermassen bei- tragen.

Eine Ernüchterung ist ja bis zu einem gewissen Grade auch in den Reihen der kommunistischen Führer selbst zu verzeichnen. Beweis das Interview Stalins in der „Roten Fahne“. Es wird zugegeben, daß zur Weltrevolution, wie die Kommunisten sie sich vorstellen, einzuweichen noch alles fehlt: die revolutionäre Situation, die Zurückdrängung der Sozialdemo- kratie zu einer kleinen Minderheit im Proletariat, schließlich

auch die geeignete Führerschaft. Dieses Geständnis wirft ein helles Licht auch auf den Leipziger Prozeß, denn dadurch wird zugegeben, daß alles bisher Dagewesene eben nur „revolutionäres Abenteuererium“ gewesen ist von der Art, die Stalin verurteilt.

Kein Mensch kann behaupten, daß der Staat zu dieser Zeit gegen den Kommunismus einen gefährlichen Kampf zu bestehen hat. Durch Vinderung sozialer Räte und durch sachliche Aufklärung ist mehr zu erreichen als durch harte Urteile.

Am heutigen zweiten Verhandlungstag wurde in der Berner Verhandlung des

Hauptangeklagten Neumann

fortgefahren. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt er nochmals an, daß das Revolutionskomitee den bewaffneten Aufstand vorbereiten und durchführen wollte.

Neumann: Die Waffen sollten durch Einkauf beschafft werden. Die Gelder dazu kamen aus Rußland. Zum Teil hatte ich selbst auf Anweisung des Abgeordneten Dieß

auf der russischen Botschaft Gelder erhoben, und zwar in amerikanischen Dollars.

Neumann: Es soll sich insgesamt um eine Summe von 200 000 Dollars handeln.

Neumann: Das weiß ich nicht. Ich habe selbst ungefähr 25 000 Dollar von der Kasse der russischen Botschaft erhoben, aber auch andere Mitglieder des „Revo“ verfügten selbstständig über Geldmittel, die für den Einkauf bestimmt waren, zum Beispiel ein gewisser Karl Chemnitz, den ich nur unter diesem Decknamen kenne. Ich selbst habe im Zimmer der Bundtagsfraktion in Dresden diesem „Karl“

50 000 Dollar für Waffenaufkäufe in Thüringen gegeben.

Die Waffen sollten in Thüringen und in Berlin verteilt werden, und ich selbst sollte kontrollieren, ob der Auftrag durchgeführt wurde. Karl Chemnitz verkehrte viel bei der Zentrale. Er war Redakteur in Parteizeitungen und stand in enger Fühlung mit Thaschheimer. Er genoß großes Vertrauen bei den Parteimitgliedern. Ich selbst fuhr dann nach Jella-Mehlis, nach Weimar und Sachsen, um die Aufkäufe zu kontrollieren.

Neumann: Tatsächlich haben wir ja bei früheren Verhandlungen schon festgestellt, daß in den Fabriken von Jella-Mehlis und Suhl umfangreiche Waffenaufkäufe getätigt worden sind. Wer war Verkäufer und wer war Käufer?

Neumann: Die Verkäufer kenne ich nicht, Käufer war der Lehrer Nikolaus Jod, der sich auch Dr. Winter nannte. Sowohl er wie der Abgeordnete Neubauer in Thüringen haben Gelder von Karl Chemnitz für Waffenaufkäufe erhalten.

Neumann: In Jella-Mehlis soll ein Fabrikbesitzer Grenz Waffen verkauft haben.

Neumann: Das ist mir bekannt, er soll in enormen Mengen Waffen verkauft, aber auch enorme Parteigelder unterschlagen haben.

Neumann: Sie sollen deshalb den Auftrag erhalten haben, ihn zu erledigen. Sie haben nur die Oberbezirke mit Waffen versehen.

Neumann: Ich hatte nur den Geldanforderungen der Waffenleiter und der politischen Leiter der Oberbezirke Folge zu leisten. Die Quittungen führte ich an den Kassierer des „Revo“ ab, den Bundtagsabgeordneten Charpentier. Nach den Quittungen muß ich ungefähr 30 000 Dollar abgeliefert haben, und zwar nicht nur für Waffen und Munition, sondern auch für Sprengstoffaufkäufe.

Neumann: Wenn der Auftrag nun nicht gelang, was dann? Sollte der Sprengstoff auch gelassen werden?

Neumann: Das weiß ich nicht.

Der Angeklagte Neumann berichtet dann noch einmal über die Verhandlungen der sächsischen SPD und der Kommunisten über die Bildung einer gemeinsamen Regierung in Sachsen. Die Vorverhandlungen sollte Koenen führen. Nach der Bildung der Regierung sollten die kommunistischen Mitglieder des Kabinetts im Parlament die Waffen zum bewaffneten Aufstand aufrufen. Der Angeklagte berichtet dann weiter, daß im Dezember (?) 1923 bei einem kommunistischen Arzt Dr. Klüber, dem Leiter des proletarischen Gesundheitsdienstes, in dessen Wohnung in der Kaiser-Allee in Berlin eine Sitzung abgehalten worden ist. An der Sitzung nahmen in u. a. teil: Kleine, Hüblich, Hedert, Stobieski, „Adam“, der in Wirklichkeit Gause hieß, und militär-politischer Leiter von Berlin-Brandenburg war, ferner der operative Leiter des Oberbe-

zirles Rittig, Keller, und sein Adjutant Sommer, Paul Böttcher, Bied und ich. An Hand einer großen Karte wurden alle Maßnahmen besprochen, und zwar sollten die militärischen Verbände der Partei geschloffen auf Berlin rücken. Weiter wurde beschlossen, die Sechser- und Zwölfer-Gruppen in A-K-Gruppen wie beim Militär umzuwandeln. Die Ressortleiter erstatteten dann noch kurze Berichte über ihre Tätigkeit.

Neumann: Wurde ein Zeitpunkt für diesen Marsch nach Berlin festgelegt?

Neumann: Nein, der Termin zum Losgehen sollte von der politischen Entwicklung in Sachsen abhängen. So bald die Massen dem Aufruf der sächsischen Regierung Folge leisteten, sollte der Ordnungsdienst und die Hundertschaften mobilisiert und so eine Truppe geschaffen werden, mit der die Aufnahme eines Kampfes möglich war. Es wurden auch Regiments- und Bataillionsstäbe im Reich gebildet, was mir der militärisch-politische Leiter Neubauer in Thüringen auf meiner Inspektionsreise bestätigte, allerdings ohne zu wissen, ob hinter den Stäben auch Regimenter und Bataillone ständen.

Neumann: Woher hatte denn nun Stobieski die militärischen Kenntnisse, um eine ganze militärische Organisation in die Hand zu nehmen?

Neumann: Das kann ich nicht bestimmt sagen. Ich weiß nur von Kleine, daß ich mit einem russischen General Wolf zusammenarbeiten sollte. Durch Zufall habe ich erfahren, daß Wolf identisch mit Stobieski oder Gorem ist. Es wurde mir auch gesagt, daß er der Sieger von Kronstadt ist, derjenige, der den Aufstand von Kronstadt niedergeschlagen hat. Das hat mir auch der militärische Oberleiter von Berlin-Brandenburg, Gause, bestätigt. Wolf selbst erzählte mir, daß er russischer General sei. U. a. sagte er mir, in Deutschland sei er gezwungen, sich sportlich zu betätigen, Schützschuhlaufen usw., während er in Rußland reiten könne.

Neumann: Hat er damit nicht nur rennommiert?

Neumann: Das glaube ich nicht. Er wohnte ja auch eine Zeitlang in der russischen Botschaft und ich habe in seinem Zimmer russische Zielfernrohre getroffen.

Neumann: In einem Rundschreiben des Oberbezirks Berlin-Brandenburg vom 22. Oktober 1923 heißt es: „Die Situation steht auf dem Messers Schneide.“

Neumann: Das stützt sich auf einen Beschluß des „Revo“.

Neumann: Wie kam denn nun der Aufstand in Hamburg zustande?

Neumann: Nach meiner Rückkehr aus Dresden besuchte ich Kleine in seiner Wohnung in Berlin, Melandinerstraße. Er war ziemlich aufgeregter und erzählte mir vom Bewaffnungsaufstand in Hamburg. Dann kam der Reichstagsabgeordnete Kemmele dazu, der über seine Tätigkeit und über die Vorgänge in Hamburg berichtete. Ich erfuhr, daß er den Auftrag erhalten hatte, nach Hamburg zu fahren und dort den Aufstand einzuleiten. Ob dieser Befehl von Kleine, von „Revo“ oder von der Parteizentrale stammt, weiß ich nicht.

Als Kemmele mit dem Befehl abgefahren war, wurde ein Gegenbefehl hinter ihm hergeschickt, der aber zu spät kam, so daß die Aktion in Hamburg ihren Anfang nahm. Dann wurde das „Revo“ aufgelöst, die Militärorganisation aber beibehalten und Stobieski unterstellt. Es wurde dann ein sogenannter Fünfer-Kopf gebildet, der diktatorische Vollmachten erhielt, während die Zentrale nur noch die politisch-organisatorischen Aufgaben zu erfüllen hatte. Diesem Fünfer-Kopf gehörten u. a. an: Brandler, Ruth Fischer, Thälmann und ein Russe, der den Decknamen „Krold“ führte. Kleine sagte mir, er habe keinen Einfluß mehr, er sei auf Befehl des Parteivorstandes ausgetobt worden. Ich müsse mich jetzt immer an Brandler wenden. Stobieski war als militärischer Leiter des Fünfer-Kopfes perenniert.

Neumann: War denn nun das Ziel in kürzester Zeit mit dem Kampf zu beginnen, aufzugeben werden?

Neumann: Absolut nicht. Die Arbeit der militärischen Abfindung war noch dieselbe. Es trat nur eine Veränderung in der Stellenbezeichnung ein.

Neumann: Das Rundschreiben „Die Lotis der Partei“ soll eine Probemobilisierung für den 13. Februar 1924 in Aussicht gestellt haben. Kommen Sie jetzt mal auf die „Tscheta“ zu sprechen. Was ist denn „Tscheta“?

Neumann: In Rußland ist das die Bezeichnung für die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution.

Neumann: Ist dieses Wort nicht aus den Anfangsbuchstaben der betreffenden russischen Worte gebildet?

Neumann: Das weiß ich nicht.

Neumann: Sie haben nun also auch hier in Deutschland eine „Tscheta“ gebildet?

Neumann: R. A. Samler (einleitend): Das ist eine Suggestivfrage, die ich beantworten muß.

Neumann: Der Ausdruck „Tscheta“ ist von uns niemals gebraucht worden. Wir sprachen nur von

Terrorgruppen, von I-Gruppen.

Stobieski sagte mir, es sei infolge der zugefügten Beschäftigung nach dem Verbot der Partei notwendig, eine Organisation zu bilden, die die Aufgabe haben müsse, die Partei als solche rein zu halten und zu überwachen und diejenigen Personen, die als besondere Feinde der KPD durch ihre Tätigkeit in öffentlichen Ämtern oder durch ihre Stellung im Wirtschaftsleben bekannt seien, zu erledigen.

Neumann: Was heißt erledigen?

Neumann: Ich verstand darunter, mir mir gelöst wurde, zu töten.

Neumann: Wer hat Ihnen das gesagt?

Neumann: Stobieski sagte, die Organisation sei berufen, solche Personen zu erledigen. Ich habe keinen Zweifel daran, daß er darunter töten verstand, abgesehen er es nie gesagt hat. Nach Erledigung des Kaufs sagte Stobieski mir ja auch, für ihn wäre dieser Fall solange nicht erledigt, als Kaufsch noch lebe. Schrift hätte ja die Sache ganz gut geklappt, aber solange er nicht tot sei, sei die Sache nicht erledigt.

Neumann: Kaufsch war ja bekanntlich nur angeschossen worden und starb dann erst später.

Auf Veranlassung von Rechtsanwalt Marschner, des Verteidigers von Stobieski, wird dann festgestellt, daß Neumann früher niemals von Stobieski, sondern immer nur von „Helmut“ gesprochen habe und daß er diesen Namen erst bei der Gegenüberstellung erfahren habe. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Neumann, daß eine Verwechselung unmöglich sei. Als Sekretär der militärischen Abteilung sei er drei Wochen lang täglich von 9 bis 10 Uhr normittags mit „Helmut“ alias Stobieski zusammengekommen, um ihm Bericht zu erstatten. Stobieski habe immer seinen kurzen Mantel mit Beiträgen auch im Zimmer anbehalten, da dieses ungeheißt war. Er wisse also nicht, ob Stobieski damals denselben Anzug getragen habe, wie jetzt im Gericht. Das Zimmer, in dem sie sich trafen, habe sich in der Wohnung des Angeklagten Schneider Karl Intorf, Berlin, Bärwaldstr. 48, befunden.

Neumann: Wie haben Sie denn in der russischen Botschaft nach „Helmut“ gefragt?

Neumann: Ich sollte ihm einmal Karten hinbringen und da fragte ich Bied, unter welcher Adresse „Helmut“ in der russischen Botschaft wohne. Bied sagte mir, ich solle nur nach Gorem fragen. Das tat ich und wurde darauf zu „Helmut“ (Stobieski) geführt.

Der Angeklagte Intorf erklärte dann noch, daß tatsächlich Neumann sich jeden Vormittag mit einem Herrn in seiner Wohnung getroffen habe, auf den er sich aber nicht mehr besinnen könne, eine Angabe, die Neumann insofern als wahrscheinlich erklärt, als Intorf sonst niemals zugegen gewesen sei. Wohl dürfte es aber die Richtigkeit des Intorf bezuggen können, die ihnen meistens die Tür geöffnet habe.

Neumann: Bei zweimaliger Gegenüberstellung hat diese Richtig getritten, Stobieski zu kennen.

Nach einer kurzen Pause erklärte der Angeklagte auf einen diesbezüglichen Einwurf seines Verteidigers, daß seitens der Polizei auf ihn auf keinen Fall irgendwelcher Einfluß ausgeübt worden sei. Seine Angaben seien von keiner Behörde beeinflusst worden. Dann kam der Angeklagte wieder auf die Bildung der I-Gruppen zu sprechen. „Helmut“ habe ihn beauftragt, einen Entwurf einer solchen Reichsorganisation auszuarbeiten. Mit dem Entwurf sei Stobieski dann einverstanden gewesen und habe ihm die Bildung der Reichsorganisation übertragen, ihm aber befohlen, den Entwurf zu vernichten. „Helmut“ sagte, er werde mir zuerst 5000 Dollar zur Verfügung stellen. Die erste Aufgabe sei es,

den General a. Seckl zu erledigen, aber nicht so, daß er nur verwundet würde. Er müsse unbedingt getötet werden, sonst blamierten wir uns.

Neumann: Vorher haben Sie gesagt, Stobieski habe im Hinblick auf die Bezeichnung „erledigen“ nicht ausdrücklich noch töten gesprochen.

Neumann: Bei dem speziellen Auftrag Seckl hat er ausdrücklich gesagt, daß es sich um eine Tötung des Generals handele. Ich bildete dann die Terror-Gruppe, erhielt aber die 5000 Dollar nicht, sondern bekam zunächst nur eine Anweisung „Helmut“ an den Kassierer der militärischen Abteilung über 500 Dollar. „Helmut“ sagte, es handele sich nur zunächst um die Ermordung Seckls. Dazu genüge eine Gruppe in Berlin. Diese Gruppe stellte ich nun zusammen. Bei Übernahme meiner Funktionen mußte ich mich durch Handschlag auf die Partei verpflichten. Die Verpflichtung lautete foli wörtlich:

„Ich verpflichte mich bei meiner proletarischen Ehre, alle mir übertragenen Aufgaben pflichtgemäß auszuführen und erkenne an, daß Verrat mit dem Tode bestraft wird.“ Diese Verpflichtung mußte ich auch mit allen Gruppenmitgliedern vornehmen.

Morgenfeier.

von Adolf Behner.

Herr Blöddian, köse en gros, liest am Frühstückstisch seiner Gattin Selma aus seinem Leibblatt vor. Anwesend sind noch Baldmann, ein fettüchtiger Dackel, Vorken, ein Papagei.

Blöddian: „An der K-Brücke wurde die Leiche eines etwa 18- bis 19-jährigen, dürrig gekleideten Mädchens geborgen.“

Selma: „Ja, ja, das kommt davon, wenn das Volk keine Religion mehr besitzt!“

Blöddian: „S wird schon das rechte Pflänzchen gewesen sein (liest weiter). Die Kostüme für die Trägerin der Titelfolle, die anmutige Solo Vilo, sind Schöpfungen des bekannten Modestellers Ria Reb, sie dürften ein Vermögen gefolgt haben. Man spricht...“

Selma (erregt): „Sowohl, wie oft habe ich schon davon gesprochen, daß ich nicht mehr in meinem schabigen Seemannsmantel vom vergangenen Winter herumlaufen kann. Ich spare mir das Notwendigste vom Wunde ab (sie schiebt vor Empörung zitternd die koste Schinkenmarmelade zwischen die Goldplomben), um dir deine Bequemlichkeit zu schenken! Wer sorgt dafür, daß sich Minna nicht von der guten Butter zum Frühstück nimmt, daß punkt 8 Uhr abends das Licht in der Mädchentammer aus ist. Wer? frage ich. Verstehe!“

Blöddian versteht und zündet sich eine Zigarre an.

Selma blickt ihn vernichtend an, tau, wird ruhiger.

Blöddian liest weiter: „Die Arbeiter der Firma Holztopf u. Co. sind gestern früh in den Streik eingetreten.“

Selma kichert den Dackel mit gekochtem Schinken, rohen frist er nicht.

Blöddian: „Bande die! Alleamt einsperren, an die Wand stellen sollte man sie. Das war denn früher doch anders. Kein Blüchgefühl hat das Gefindel mehr.“

Die Uhr schlägt elf.

Blöddian: „Der Peter wohnten bei Ihre königlichen Hoheiten, in Prinzen Karl-Herzog und Eitel-Latterich. Berner war zugegen der Großherzog von Sachsen-Tuttenhausen und die Generale (es folgen die Namen der berühmtesten Heerführer).“

Selma träumt und seufzt.

Blöddian (liest weiter): „Einst kommt der Tag!“

Baldmann liest sich wo.

Vorken (fortissimo): „Heilige Flamme glüh. — — Vorken, Kopfen trauen!“ (Es klingelt.)

Der Geldbriefträger bringt zwei Millionen Goldmark von der Bürgerblockregierung als Entschädigung für einen während des Ruhrkampfes aus dem Fenster gefallenen Hognathentopf.

(2 Tage später.)

Selma bekommt einen Kreuzfuchsmantel, Solo Vilo weitere Schöpfungen der Firma Reb.

Die Tribüne: „Der Sibirerpelz“.

Vollständig und burlesk wurde Hauptmanns Diebeskomödie aufgeführt. Aber es war ein großer Abend. Gelächter, das nicht aufhören wollte. Dies Stück ist unvergänglich. Jeder Treffer sitzt noch. Jeder Witz zündet noch. Selbst der Ekel von einem Amisvorsitzer, der sich für Kaiser und Reich den Schlagfluch anredet, ist noch unvergänglich Typ seiner Klasse. Und schreit man sich auch nicht in der Tribüne, den Amtsbienner Mittelbors genau so wie den Gerichtsdiener Froch in der „Fiebermaus“ torfeln und dümmeln zu lassen, so nimmt diese Uebertreibung der Fröhlichkeit der Diebeskomödie keinen Schimmer. Die Vorstellung veremigte prächtige Künstler, die heidenfrohen waren, was Rechtes spielen zu dürfen. Steinrück, Wehrhahn, Biensfeldt, Rentier Krüger, Diegelmann der alte Wolf, der Dichter Paul Apel, sonst selbst ein Dramatiker, dem allerhand Lustiges einfällt, wor der Amisdiener Mittelbors. Und dann in kleineren Rollen ebenso gut: Heinrich Schrotz, Berner Schott, Adele Förster usw. Dann aber und vor allem Lucie Höflich als Mutter Wolfen. Was sie spielte, war vollendete Natur. Sie ist nicht etwa die Komödiantin für eine Rolle, sondern ganz und gar jugendlich zur Natur dieser verschlagenen, herrlichen, trotzen Spißhühn. Das klappte alles vorzüglich. Ein großer Erfolg. Der „Sibirerpelz“ ist noch lebendig wie am ersten Tage. Da, er ist heute noch frischer. Man sucht heute nicht mehr Literatur, wo nur gute Laune vorhanden ist.

Künge Leute haben längst gemerkt, daß am Montagabend im Deutschen Theater nicht der „Vollstünd“ gespielt wurde, sondern die „Stügen der Gesellschaft“. Aus dem Text des Berichts war das ja auch leicht zu erkennen. Nur durch einen Irrtum, der beim Telephonieren des Berichts vorkam, geriet der falsche Titel an die Spitze.

Unterhausmitglieder dürfen mit dem Staat keine Geschäfte machen. Das englische Gesetz ist überaus streng in allen Dingen, die auch nur entfernt geschäftliche Beziehungen zwischen Regierung und Volksparteitern vermuten lassen. Dafür erbringt der Prozeß gegen ein konservatives Parlamentsmitglied, der zurzeit viel besprochen wird, überzeugenden Beweis. Es handelt sich um den unamißlichen Abg. Breton, der vom Wahlkreis Wallast ins Unterhaus gewählt worden war. Er hat automatisch seinen Sitz im Parlament verloren, weil er nach der Wahl einen kleinen Betrag aus der Staatskasse erhielt, der aus einer Abmachung mit der Regierung herkam und der nicht mehr als 4 Pfund Sterling betrug. Der Lieferungsvertrag war obendrein vor seiner Wahl abgeschlossen und ausgeführt worden; das hindert aber nicht, daß nach dem Gesetz Breton eine Geldstrafe von 500 Pfund Sterling für jede Parlamentssitzung, an der er teilgenommen hat, zahlen muß. Da es sich dabei um acht Sitzungen handelt, so hat er eine Strafe von 4000 Pfund Sterling verwirkt, die aber mit Rücksicht auf die Harmlosigkeit des Falles von der Staatskasse übernommen werden soll.

Die russische Akademie im Jahre 1924. In einer Festigung der russischen Akademie der Wissenschaften wurden die Leistungen der Akademie und der russischen Wissenschaft im verflochtenen Jahr dargestellt. Im ganzen sind 78 Expeditionen und Forschungsreisen unternommen worden. Besonders bemerkenswert sind die Reisen der

Archäologen Alpatow und Brunow, die im Auftrage des Bildungsministeriums in Kleinasien die Zusammenhänge des altrussischen Kulturlebens mit Vorderasien unterzuchten. Dabei wurde die interessanteste Feststellung gemacht, daß nicht nur die byzantinische Hofkunst, sondern in gleichem Maße auch die Kunst der Kleinasiaten Völkerstufen das alte Rußland beeinflusst hat, was ganz besonders in Nowgorod in den Denkmälern der bildenden Kunst konstatiert werden kann. Als Hauptaufgaben der nächsten Zeit sieht die Akademie die Erforschung des Sakuten-Landes und der Mongolei an. Russische Bücher und Schriften sind im Vorjahr in großer Zahl ins Ausland geschickt worden, und zwar 28 000 Exemplare. Weitere 30 000 sind zur Versendung bestimmt.

Eine wiederentdeckte Pflanze. Eine Blumenart, die in der Frühzeit der Kolonisierung Amerikas häufig angetroffen wurde, die aber seit 175 Jahren spurlos verschwunden war, ist jetzt in der Nähe von Washington plötzlich wieder aufgetaucht. Es handelt sich um die hochrota blühende Schilblilium, die den wissenschaftlichen Namen „Chelone obliqua“ führt. Sie wächst auf sumpfigem Gelände, erreicht eine Höhe von etwa 1 Meter und treibt große Blumen von hübscher roter Färbung und einer Gestalt, die der Blume ihren Namen gegeben hat. Sie wurde um das Jahr 1750 von dem damals berühmten englisch-amerikanischen Botaniker John Clayton entdeckt und von diesem an Linné gefandt, der die neu entdeckte Pflanze klassifizierte und ihr den Namen gab.

Mary Wigmore „Larvsmärchen“ wird am 19. und 20. abends 9 Uhr, im Theater am Kollenderplatz nochmals aufgeführt werden.

Die Galerie Dr. Goldschmidt — Dr. Wallerstein, Schöneberger Wer 36a, zeigt vom 10. Febr. bis Mitte März Eisenbilder von Wacha Beyer, Schill, Reich, Plank von Karl Schmidt-Röhlhoff, Gemälde und Aquarelle von Erich Hegerl, Wagners u. a.

Der Feuerleiter-Buch 1925 findet am 21. in familiären Sälen des Scala-Casinos (Lutherstr. 22-24) als Katalogfest statt. Kartenausgabe in beträchtlichem Umfang nur im Ballbureau des Feuerleiters 4, Ballstr. 20, zwischen 4 und 6 Uhr täglich (Anzahl: Stempelpf. 1/2).

Ein Dikens-Museum in London. Das Haus in der Doughty-Street in London, in dem Dikens einige seiner berühmtesten Werke, die „Pickwick“, den „Mischy“ und „Elder-Twit“ geschrieben hat, soll jetzt als ein Dikens-Museum eingerichtet werden, das zugleich eine Dikens-Bibliothek und eine auf Dikens bezügliche Gemäldesammlung enthält.

Eine neue Expedition nach Dinosaurier-Eiern. Der Leiter der ostasiatischen Expedition des Reichs Museums für Naturgeschichte ist in der morgigen Woche nach Urga angefahren und hat von der mongolischen Regierung die Erlaubnis erhalten, in der Wüste Gobi nach fossilen und Dinosaurier-Eiern zu forschen. Die Expedition hat ihre Reise nach Urga bereits angetreten. Bei einer früheren Expedition entdeckte Andrews sehr reiche Fossilienfelder mit Knochen riesiger Dinosaurier und eine Anzahl Dinosaurier-Eier.

Die Fortführung der „Denkmäler deutscher Tonkunst“. Die musikalisch-wissenschaftliche Kommission, die das deutsche Kulturministerium einsetzt hat, beschloß die Fortsetzung des Monumentalwerkes „Denkmäler deutscher Tonkunst“. Unter Leitung des Musikforschers der Berliner Universität, Professor Hermann Abert, werden zunächst 20 weitere Bände erscheinen. Die wissenschaftliche Auswertung wird — das ist eine Neuerung — in gesonderten Beilagen zusammengestellt.

Ein Lehrgang für Naturdenkmalspflege ist in der Zeit vom 6. bis 9. April in Berlin von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege in Potsdam in Aussicht genommen.

Ueber andere Aufgaben war Brandler unterrichtet.

„Helmuth“ stellte mir eine Frist von ursprünglich drei Monaten, in denen der Fall Seckel auftragsgemäß erledigt werden mußte. Wir legten gleich mit der Beobachtung des Reichswehrministeriums ein, die allerdings mit den geringen Mitteln nicht so, wie es notwendig gewesen wäre, aufgenommen werden konnte.

Nicht Tage später wurde die Frist auf 14 Tage verkürzt.

laut Beschluß des Fünferkopfes, was ich für unmöglich bezeichnete, denn wir mußten Fahrten mit Autos und Elektrischen machen, mußten Material beschaffen. Ich verlangte die Stellung von Autos, damit es den Tätern möglich wäre, nach der Tat zu fliehen. Ich erhielt die Autos jedoch nicht, im Gegenteil, die Frist wurde auf drei Tage verkürzt. Ich verwies nochmals darauf, daß unsere Mittel zu Ende waren, erhielt aber keine ausreichende Antwort von „Helmuth“, worauf ich mich beschwerend an Brandler wandte. Er hatte ein Trefflokal in der Müllerstraße, wo ich aber dann Stoblewski traf, der mich zur Rede stellte, ob ich bei meiner Beschwerde „besonnen“ gewesen sei, was ich mir verbat. Es kam zwischen uns zu tatsächlichen Auseinandersetzungen, worauf ich zu Brandler geführt wurde, bei dem ich auch Stoblewski, der anscheinend mit dem Auto vorausgeheilt war, schon wieder traf. Brandler sagte:

Die Angelegenheit mit dem General v. Seckel hätte sich erübrigt.

Es wäre schon Dezember und es sei zwecklos geworden, nachdem die Arbeitermassen nicht im geringsten mehr auf das Gebot der Partei reagierten, nun noch Seckel zu erledigen. Die Gruppe solle aber zusammenbleiben, keiner solle entlassen werden aus dem Ver-

band, sie müsse allerdings beschäftigt werden. Ueber ihre weitere Verwendung werde Ulrich bestimmen. Auf keinen Fall dürfte ich oder „Helmuth“ uns durch unsere Differenzen bestimmen lassen, die Tätigkeit in der Partei einzustellen. „Helmuth“ meinte darauf, ich solle Waffenleiter in Hamburg werden, was ich ablehnte. Daß die Angelegenheit Seckel erledigt sei, wurde mir am nächsten Tage von „Helmuth“ offiziell bestätigt. Dann erhielt ich

den Auftrag, Stines zu erledigen.

Vorl.: Es waren doch schon vorher Terrorakte in Deutschland verübt worden.

Angell: Mit denen hatte ich keine Verbindung.

Vorl.: Gehörte es nicht zu den Aufgaben der KPD, einen gewissen Terror zu üben?

Angell: Im Programm der Kommunistischen Partei steht der Massenterror. (Bewegung auf der Anklagebank und bei den Verteidigern.)

Als der Vorsitzende hierzu das Rundschreiben „Die Taktik der Partei“ vorlesen lassen will, wird von der Verteidigung dagegen protestiert und dessen Echtheit bestritten, wobei Rechtsanwalt Dr. Samter so erregt wird, daß der Vorsitzende ihn ersucht, sich zu möglichen. Die Verteidigung beantragt einen Gerichtsbeschluß über die Verlesung dieses Rundschreibens.

Das Gericht beschloß die Verlesung des Rundschreibens. Das Schriftstück, so teilte der Vorsitzende noch mit, sei in den Wohnräumen des Reichstagsabgeordneten Stäcker in Berlin gefunden worden. Welchen Beweismert das Schriftstück habe, werde das Gericht später prüfen.

Preussischer Untersuchungsausschuß.

Verhüllungstaktik der Deutschnationalen.

Der preussische Untersuchungsausschuß für die Barmat-Affäre. Seehandlung-Affäre trat, heute, Mittwoch 10 Uhr 15 Minuten zu seiner 10. Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Abg. Kuttner (Soz.): Der Abg. Stoll (Komm.) hat in der letzten Sitzung mich als schwer belastet bezeichnet. Auf die Frage nach der Begründung dieses Anwurfes ist Stoll jede sachgemäße Antwort schuldig geblieben. Heute sind diese Beschuldigungen in der „Roten Fahne“ wiederholt und das Blatt fragt „verwundert“, warum ich denn mein Mandat nicht niedergelegt habe und wo denn das Vorgehen der Staatsanwaltschaft bleibe. Ich erlaube dem Abg. Stoll, eine kategorische Erklärung über diese Beschuldigungen abzugeben. Kann er das nicht, dann muß ich feststellen, daß es sich hier um den Versuch einer Ehrabschneiderei handelt.

Da der Abg. Stoll nicht anwesend ist, erklärt Vorsitzender Seidig, daß dessen Erklärung zu Beginn der Nachmittags-sitzung entgegengenommen werden soll.

Dann kommt

das Mißtrauensvotum gegen den Abg. Deeburg als stellvertretenden Vorsitzenden

zur Sprache. Es wird festgestellt, daß die Entscheidung über die Bestellung der stellvertretenden Vorsitzenden von Untersuchungsausschüssen die Fraktionen herbeiführen und nicht die einzelnen Ausschüsse. Die Deutschnationale Volkspartei sehe keinen Grund zur Amtsniederlegung Dr. Deeburgs, und sie richte deshalb das Ersuchen an Dr. Deeburg, dieses Amt weiterzuführen.

Vorl. Dr. Seidig erklärt dann, diese Angelegenheit auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege zu erledigen. — **Abg. Kuttner (Soz.)** erhebt dagegen Widerspruch, da ja hier ein Antrag von Ausschussmitgliedern vorliege und darüber noch nicht abgestimmt sei. — **Dr. Seidig** erklärt, daß er auf Grund der Geschäftsordnung keinen Grund sehe, den Antrag zur Abstimmung zu bringen. — **Der Vorsitzende** bringt dann einen deutschnationalen Antrag zur Kenntnis, welcher verlangt, daß mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit der Ein- und Ausführbewilligungen an Hand der Zeugenaussagen von Wissell, Fall und Klinghammer die Staatsanwaltschaft betraut werde.

Dr. Seidig fragt, ob man mit Vermeidung dieses Antrages an den Geschäftsausschuß einverstanden sei. Ein weiterer deutschnationaler Antrag erhebt, die seinerzeit im Bureau des Reichspräsidenten beschäftigte Sekretärin Endulat ausfindig zu machen, da ihre Zeugenaussage über die damaligen Vorgänge in der Frage der Bahnfälschung (?) von Wichtigkeit ist und sie insbesondere gehört werden soll, ob diese Fälschungen mit Einverständnis des Reichspräsidenten erfolgt seien.

Vorsitzender Dr. Seidig hält sich als Vorsitzender des Ausschusses zu Nachforschungen nach der Zeugin nicht verpflichtet, er habe aber angesichts der schwerwiegenden Befundungen dieser Zeugin durch Vermittlung des Polizeipräsidenten Nachforschungen ange stellt und festgestellt, daß sie aus Dispreußen stammt. Es sei an den Gemeindevorsteher bezüglich ihres Aufenthalts telegraphiert worden, eine Antwort sei aber noch nicht eingelaufen.

Abg. Dr. Deeburg (Dnal.) erklärt sich damit einverstanden, daß die Nachforschungen in dem Augenblick eingestellt werden, wo das Polizeipräsidentium erklärt, nichts weiter in der Sache tun zu können.

Abg. Kuttner (Soz.) legt Verwahrung dagegen ein, daß eine Festsetzung der Barmat-Fälle bezüglich der Bahnfälschungen durch Hrl. Endulat etwa gleichbedeutend sei mit einer „Erledigung“ des Reichspräsidenten.

Vorsitzender Dr. Seidig: Meine Worte und meine Ermittlungen liegen gerade im Interesse des Herrn Reichspräsidenten, des höchsten Vertreters und Repräsentanten Deutschlands und seiner Würde.

Abg. Riedel (Dem.): Die Angelegenheit zeigt sehr deutlich, wohl es fällt, wenn alles, was in der Presse steht, zum Gegenstand von Beweisunterlagen gemacht wird.

Unter solchen Umständen werden wir 1930, ja 1950 noch nicht fertig sein.

Vorl.: Wir müssen also erst die Antwort des Gemeindevorstehers von Bräukels abwarten.

Abg. Deeburg (Dnal.): Ich trete mit einzelnen Personen nicht in Verbindung, sondern entnehme solche Gerüchte nur aus Zeitungen. Dieses Gerücht muß im Interesse des Reichspräsidenten unter sucht werden, um die Atmosphäre vollkommen zu reinigen.

Vorl.: Herr Abg. Schwering, mir wird soeben mitgeteilt, Sie hätten die Ausführungen des Abg. Dr. Deeburg als schamlos erklärt.

Abg. Dr. Schwering (Z.) bezeichnet seine Äußerung als Privatgespräch.

Abg. Dr. Waentig (Soz.): Wenn die Verhandlungen hier so weitergehen, dann bringt der Ausschuß sich um jede Achtung. Große Zeitungen lachen heute schon über uns. Auf Zeitungsnachrichten können wir nicht eingehen.

Vorl.: Diese Ausführungen sind sehr beachtenswert, nur können sie zu spät. Denn wir haben es hier mit einem vom Ausschuß angenommenen Antrag zu tun. Wir stehen seit einer Woche bereits in der Vernehmung des Abg. Heilmann, in die sich aber alles mögliche hineingeschoben hat. Das dient nicht gerade zur Klärung der Sachlage. Es wäre zweckmäßig, wenn auch bei uns, wie vor Gericht üblich, die Vernehmung vom Vorsitzenden geführt würde und nicht von 29 Mitgliedern de omnibus et quibusdam rebus (nach allem und einigem darüber) gefragt wird.

Wir haben uns über fast alles Interessante aus den letzten sechs Jahren unterhalten.

Abg. Riedel (Dem.) bittet, bei nochmaliger Vernehmung der Zeugen Klinghammer und Fall nicht mehr lange Plauderer entgegenzunehmen.

Vorl.: Dem Zeugen muß die Gelegenheit gegeben werden, seine

Aussagen zu ergänzen und zu berichtigen, da er vielleicht unter Eid steht.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, die durch einen Antrag Schwering (Z.) beendet wird, erhält der

Zeuge Ministerialdirektor Fall

das Wort zur Ergänzung seiner Aussagen und erklärt: Mit Bezug auf die Befragung des Zeugen Klinghammer, ich hätte ihm an einer Aussage im Erzberger-Helferich-Prozess verhindern wollen, berufe ich mich auf das Zeugnis meines damaligen Vertreters, des jetzigen Ministerialdirektors Abegg, der befunden wird, daß ich sachgemäß gehandelt habe. Ich habe dienstlich nur mit Heinrich Starz zu tun gehabt, mit den anderen Brüdern Starz hatte ich nichts zu tun. Abg. Kaufhold (Dnal.) hat gesagt, ich hätte seinerzeit Weisung gegeben, das Verfahren gegen Barmat-Amerigo einzustellen. Das ist nicht richtig, das Verfahren ist eingestellt worden durch Beschluß des zuständigen Amtsgerichts. Und wie in dieser Sache vorgegangen worden ist, so wurde damals in vielen ähnlichen Fällen gehandelt, bei denen man annahm, daß nichts herauskommen würde.

Damit ist die Befragung des Zeugen Fall beendet und der

Zeuge Kriminaloberinspektor Klinghammer

erklärt zur Ergänzung seiner Aussagen: Für die seinerzeitige Beschlagnahme von Privatbriefen durch mich hätte ich moralische Gesichtspunkte, nämlich die Sauberkeit der Vernehmung. In der Angelegenheit meiner Zeugenaussage im Erzberger-Helferich-Prozess halte ich meine Behauptung aufrecht. Ich kann mich nur nicht genau auf den Zeitpunkt der von mir erwähnten Mitteilung des Herrn Fall bestimmen. Außerdem lag damals eine von mir verfaßte Anzeige vor, die den Gegnern des Herrn Helferich in einen Verdacht brachte und die in meinem Borgeleihen überreichte, er damals nicht Fall war. Diese Anzeige ist der Staatsanwaltschaft nicht übergeben worden.

Zeuge Abg. Wissell

erklärt zu der Befragung Klinghammers, daß damals so viele Fälschungen von Ein- und Ausführbewilligungen vorgekommen wären, daß man ein besonderes Dezernat zu ihrer Untersuchung habe einrichten müssen und daß die Fälscher oft in hohen Stellungen des Reichswirtschaftsministeriums gelesenen hätten, er, Wissell, habe heute wie damals keinen Grund gehabt, an der Integrität der ihm im Reichswirtschaftsministerium unterstellt gewesen Beamten zu zweifeln.

Abg. Deeburg (Dnal.): Der Zeuge Wissell will offenbar sagen, daß er die Einfuhrbewilligung, die bei der Durchsicherung der Amerigo-Räume gefunden worden ist und die die Unterschrift Wissell getragen haben soll, nicht unterzeichnet habe.

Zeuge Wissell: Ja wohl, ich habe nie eine Einfuhrbewilligung erteilt.

Auf eine Frage des Abg. Stoll (Komm.) erklärt der Zeuge Wissell: Es ist mir bekannt, daß der Vertreter der Firma Hoyt, Pfeifer u. Co. zugunsten der Firma Barmat eine Einfuhrbewilligung nachgesucht hat. Ich habe mich für diese Angelegenheit auch auf die Akten des Reichswirtschaftsministeriums berufen.

Auf weitere Fragen erklärt Zeuge Wissell, es sei ausgeschlossen, daß er jemals eine Aus- oder Einfuhrbewilligung unterzeichnet habe.

Die Unterzeichnung sei Sache des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr gewesen. Jeder Antrag auf Gewährung einer solchen Bewilligung habe letzten Endes der Entscheidung dieses Reichskommissars und seiner Unterzeichnung zugefallen.

Zeuge Abg. Heilmann (Soz.)

gibt zu den Aussagen des Zeugen Klinghammer folgende Erklärung ab: Ein Fräulein Peters hat in der „Sozialistischen Korrespondenz“ überhaupt niemals mitgearbeitet. Der ihr zugeschriebene Artikel ist von mir verfaßt. Das Material habe ich weder von Herrn Fall noch von Fräulein Peters erhalten. Daß die Einfuhrbewilligung für Druckpapier vielleicht eine Fälschung gewesen ist, halte ich für ausgeschlossen, weil ich weiß, daß die zuständigen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums die Angelegenheit genau gekannt haben und weil auch Herr Fall hier erklärt hat, daß Geheimrat Staudinger ihm amtl. über die Gründe der Ausführbewilligung Auskunft erteilt hat. Da der Abg. Kaufhold (Dnal.) hier behauptet hat, es sei festgestellt, daß durch mein Dazwischentreten der Zeuge Klinghammer seinerzeit bei der Durchsicherung der Amerigo-Räume an der Ausführung seiner Ansperrpflichten behindert worden sei, bitte ich, darüber Klinghammer nochmals zu befragen.

Vorl. Dr. Seidig: Der Zeuge Klinghammer hat nicht gesagt, daß durch das Dazwischentreten des Abg. Heilmann seine amtliche Aktion bei der Amerigo behindert worden sei.

In der Mittagsstunde beginnt die Vernehmung des früheren Redakteurs Davidsohn, der sofort einen Zwischenfall provoziert, indem er erklärt, er würde nicht vor einem Kollegium aussagen, in dem ein befugener Richter sitze, der die Interessen von Starz und Barmat immer wahrgenommen habe. Er meinte damit den Genossen Kuttner, der ihn bekanntlich schon wegen Befolgung mit Erfolg hat verurteilt müssen. Die unverschämte Art Davidsohns rief lebhaft Entrüstung hervor, und der Zeuge mußte sich vom Vorsitzenden auf seine Zeugnispflicht aufmerksam machen lassen mit der Wirkung, daß er sich dann bereit erklärte, auch in Gegenwart Kuttners auszusagen. Davidsohn erzählte wieder seine alten Märchen über die „Korruption in der Sozialdemokratie“ und behauptet, aus sicherer Quelle zu wissen, daß alle Führer der Partei an den gerichtlichen Barmats beteiligt gewesen seien, auch Ebert.

Nachdem Davidsohn sich „im Zusammenhang“ ausgeschlossen wurde eine Pause von einer Stunde eingelegt, nach deren Beendigung die Einzelvernehmung dieses Ehrenmannes erfolgen soll.

Vergiftetes Brot.

Boggonweise sind die Schulen wieder von den Verlagen neuer deutscher Lesebücher und Schulbüchern überschattet worden. Hoch- und fleckigende födernde Titel prangen darauf, und die Auswahl soll für die Jugend fürs kommende Schuljahr, d. h. bis auf Jahrzehnte hinaus, getroffen werden. Man braucht bloß mal ein wenig dem Herumzublätern und man gewahrt zu seinem Entsetzen: alles wie Anno Domini! Von raubgierigen, liebesüchtigen, volksmarktverzehrenden ausländischen Despoten ist die Rede, von abstr. aufopfernden, volksbeglückenden deutschen Stammeshäuptern und Landesmütern, die ihr eigenes Hemd vom Leibe zogen, um nackte Landeskiner damit zu bedecken: lauter Dinge, die die Tränenbrühen Schwachmünder und Minderbegabter in Bewegung setzen — und bei anderen die Lachmuskeln. Es tuden die Kriegsbromosen, es raffelt, knattert und donnert, hurra wird gebrüllt, Franzosen gelagt, gepiekt, verpöcht, der liebe Gott läßt das Eisen wie Kanonenkugeln die Köpfe wachlen, Jung-Siegfried badet sich immer wieder im Drachensblut, durch welches Stahlbad ihm eine dicke Hornhaut wächst (bis auf die eine Pfisterstelle zwischen den Schultern), frieberianische Soldaten mit Blechhelmen auf den bezopften Köpfen bilden den Buchschmuck: und mit all diesem verrosteten Eisen soll die Jugend künftighin zentnerweise von neuem lebendig zu Tode gefüttert werden!

Wer wirkliche Nahrungsmittel fälscht, wird streng bestraft, wer aber geistige Nahrungsmittel vergiftet, macht ein glänzendes Geschäft. Schöneunige Hüfe und Abwendung der Gefahr tut dringend not! Heran, ihr Herren Abgeordneten: tut eure Pflicht! —

Der Tod des Braumeisters.

Auf dem Heimweg zu Fall gekommen.

Der rätselhafte Tod des Braumeisters Reiche ist jetzt endlich aufgeklärt. Reiche, der am Grünen Weg 8 wohnte, hatte am 27. Januar in der Wallstraße zu Charlottenburg eine Bepfropfung mit seinem Arbeitgeber, die bis 6 1/2 Uhr abends dauerte. Um 7 1/2 Uhr bestieg er einen Straßenbahnwagen der Linie 53, machte dann nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei planlose Fahrten mit der Untergrund- und Straßenbahn, kam um 10 1/2 Uhr abends mit einer Beule am Kopf nach Hause, legte sich zu Bett, ohne irgendwelche Angaben zu machen, führte am nächsten Morgen mirre Reden, bekam im Krankenhaus einen Tobsuchtsanfall, der die Ärzte veranlaßte, ihn nach der Irrenanstalt zu bringen, und starb dort am nächsten Tage. Die Obduktion stellte einen Schädelbruch fest. Die Vermutung, daß Reiche in die große Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten geraten oder sonst einem Angriff ausgelegt worden war, hat sich nicht bestätigt. Die Kriminalpolizei hat durch eingehende Nachforschungen festgestellt, daß der Braumeister entgegen den Befundungen der früheren Zeugen angekränkt gewesen ist. Er hat auch in der Zeit zwischen 6 1/2 und 7 1/2 Uhr, nachdem er sich von seinem Arbeitgeber getrennt hatte, noch getrunken. Auf dem Untergrundbahnhof Bismarckstraße fiel er hin und zog sich die Kopfverletzung zu, die sich erst durch die Obduktion als ein Schädelbruch herausstellte. Die Bahnhofsbewachen brachten ihn in den Dienstraum und erfrischten ihn mit einem Glas Wasser. Nachdem er sich erholt hatte, bestieg er einen Wagen der Linie 53 und machte später schon in geistiger Verwirrung die planlosen Fahrten. Fremde Schuld an dem Tode des Mannes ist, wie jetzt feststeht, ausgeschlossen.

Drei Jahre Gefängnis für versuchten Landesverrat.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich soeben der Baharut Hoehle wegen versuchten Landesverrats zu verurteilen. Er hatte einen Verwandten in Polen, der ihn mit dem Chef der polnischen Spionage bekannt machte. Hoehle sollte wichtige Mitteilungen über die Reichswehr über die Grenze bringen. Er hatte auch versucht, sich in die Reichswehr aufzunehmen zu lassen. Da nur eine vorbereitende Handlung vorlag, kam er vor das große Schöffengericht zur Aburteilung. Die unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit von Amtsgerichtsrat Dr. Reumann geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung Hoehles zu drei Jahren Gefängnis.

Feuer in der Meierei Halle.

Eine Berliner Mittagszeitung brachte die Nachricht von einem Straffeuer in der Meierei Halle in Al.-Noahit 98. Wie wir von der Feuerwehr erfahren, trifft diese Nachricht nicht zu. Es handelt sich um den Brand der Verschaltung eines Trockenraumes, der bald und ohne besondere Schwierigkeiten abgebläht werden konnte.

Lady Hamilton im Zirkus.

Das neueste Manègequintett im Zirkus Busch behandelt ein Stück Leben und die Abenteuer der schönen Engländerin Emma Lyonna, deren Reize die Dichter besungen, deren Schönheit die Gemälde des George Romney der Nachwelt überliefert haben, jener Lyonna, die Lady Hamilton wurde, deren Leben durch die Liebe des berühmten englischen Admirals Nelson eine besonders glänzende Fäule erhielt und die verachtet und vergessen, im Elend starb. Paula Busch hat diesen dankbaren Stoff bearbeitet, und alles ist mit geschickten und bühnenfähigen Fingern gemacht. Gewiß, ein großer Teil des Schauspieles ist darauf eingestellt, auf die Tränenbrühen zu wirken, aber schließlich erwartet ja niemand literarische Qualitäten im Zirkus. Aber gespielt wurde ausgezeichnet. Man hat sich als Darsteller des Nelson Henry Vlieg von ehemaligen Hoftheater in Karlsruhe geholt, man hat den ausgezeichneten Komiker Fritz Bedemann von Lustspielhaus verpflichtet, und auch Paula Busch wirkt als Lady Hamilton lebhaft und echt. Vor allem ist die Inszenierung hervorzuheben. In der Stoppel des Zirkusgebäudes hängen eine große Anzahl Scheinwerfer, die dem Auge markante, fast unwahrscheinliche Farbenspiele vortäuschen. Von besonderem Reiz ist eine Balletszene, die unter großen weißen Tüchern sich abspielt. Die Windmaschine bläst diese Tücher, daß sie wie riesengroße Ballons aussehnen, und die Scheinwerfer verleihen ihnen immer wieder wechselnde, immer auf neue überraschende Farben. Auch das Schlußbild „In Weerdestien“ muß als Meisterstück der Regie angesehen werden. Kostüme und Toiletten, sowie die Ausstattung der Szenen sind von großer Schönheit. Alles wandelt sich und wird auf den Kopf gestellt. Edelstes Theater auf dem gebarten Sand, und die Bühnen werden nun wohl demüßigt den Affen am Trapez und andere Senfaktionen bringen. Gar so weit sind ja verschiedene Berliner Bühnen von diesem Programm nicht mehr entfernt!

Kunststufelle für Volkstanz und rhythmische Körperbildung.

Um der wachsenden Anteilnahme aller Bevölkerungsklassen an rhythmischer Körperbildung und Volkstanz entgegenzukommen, hat das Jugendamt der Stadt Berlin, Berlin E 2, Poststr. 18, Zimmer 28, eine Kunststufelle geschaffen, in der allen auf diesem Gebiete Aktiven sachmännliche Auskunft erteilt wird, am besten Dienstags in der Zeit von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr. Sollte zu anderer Zeit Auskunft gewünscht werden, so wird diese nach Möglichkeit nach vorherigem fernmündlichen Anruf (Merker 2216) zur angegebenen Zeit erteilt werden. Auch schriftliche Anfragen werden erledigt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin (Gruppe Mitte) veranstaltet am Donnerstag, 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Vorwärtshaus, Altonaer Str. 10, einen Vortragabend mit dem Titel: „Das proletarische Kind“. Alle an der Schulreform interessierten Jugendgenossen, Vorleserinnen, Eltern und Lehrer sind eingeladen. Auskunft über alle Angelegenheiten der Kindergruppe erteilt Hans Wenzel, O 34, Lützow Str. 83, vom 2. Tr. rechts.

Keine geheimen Lazarette.

Entgegen umlaufenden Gerüchten, daß es geheime Lazarette mit zahlreichen, wegen der Art ihrer Verurteilung zurückgehaltenen und vor der Welt verborgenen Kriegsbeschädigten gebe, wird folgendes festgestellt:

In den Versorgungsanstalten befinden sich noch etwa 750 durchweg befristet aufgenommene Kranke, unter denen die Lungenkranke die überwiegende Mehrzahl bilden und nur vereinzelte Fälle von schwerer Gesichtserleugung (Kieferverletzung) vorhanden sind. Außerdem gibt es noch etwa 100, die dauernd der Pflege bedürfen - Gelähmte, hirnverletzte Kriegsbeschädigte und dergleichen - in Anstalten, die teils vom Reichsarbeitsministerium, teils von Stellen der sozialen Fürsorge ausgemacht sind. Kriegsbeschädigte, deren Verfassungen sich nicht hätten feststellen lassen, sind nach genauer Umfrage weder in den Versorgungsanstalten noch in anderen Krankenanstalten vorhanden.

Änderung der Zinsätze für Spar- und Giroeinlagen.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat - gleich den Banken - in Anpassung an den Geldmarkt den Habenzinssatz für täglich verfügbare Einlagen bei den Girokonten mit Wirkung vom 18. Januar 1925 auf 5 vom Hundert jährlich herabgesetzt. Spareinlagen werden gemäß § 14 der Satzung vom 10. Februar 1925 ab mit 5 Prozent jährlich verzinst. Der Habenzinssatz für Einlagen mit monatlicher Kündigungspflicht beträgt vom 24. Januar 1925 im Spar- und Giroverkehr 8 vom Hundert jährlich. Das Mindestguthaben für Einlagen mit monatlicher Kündigungspflicht wird vom 24. Januar 1925 auf 300 Rentenmark erhöht. Guthaben mit monatlicher Kündigungspflicht unter der Mindesthöhe von 300 Rentenmark werden vom 10. Februar 1925 wie täglich verfügbare Einlagen mit 5 vom Hundert jährlich verzinst.

Bei der Wahl des Berliner Stadtmedizinalrats erklärte der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion, Dörr, daß er auf Wunsch des „sozialistischen Ärztevereins“ Herrn Dr. Knauber (Kommunist) als Stadtmedizinalrat vorschlage. Dieser „sozialistische“ Ärzteverein besteht größtenteils aus Kommunisten. Die Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte, die nur in der SPD organisierte Parteigenossen aufnimmt, legt Wert darauf, nicht mit diesem Verein verwechselt zu werden.

Nachschluß auf der Ringbahn. Zur Sicherstellung des Anschlusses vom letzten Ringbahnhof Hakensee-Botsdamer Ringbahnhof an den Zug Potsdamer Ringbahnhof-Schlesischer Bahnhof wartet letzterer in Schönberg bis zu 10 Minuten, nötigenfalls also bis 1,04 Uhr nachts. Ebenfalls wartet der Zug 1,09 Uhr nachts, ab Stralauer Rummelsburg nach Grunewald, auf den vom Siedring pünktlich 1,09 Uhr nachts dort eintreffenden Zug bis zu 20 Minuten.

Winter und Frühling nebeneinander.

Der abnormale Winter gefällt sich in Nordböhmen in einer Sonderlichkeit. Während zu Beginn letzter Woche die Hänge des Riesengebirges von Wintersportlern aufgesucht wurden, gab es gleichzeitig kaum eine Wegstunde weiter, im Polzenfeld, in den Hausgärten ein Gasspiel des Lenzes. In den Hausgärten grünen die Sträucher und die gelben Primeln (Himmelschiffchen) sind bereits aufgeblüht. Auch die blauen Leberblümchen haben ihre Blütenköpfe erschlossen und der grüne, aber reizvolle Seidelbast zeigt ebenfalls vereinzelt bereits Blüt.

Sturm auch in England.

Ein heftiger Sturmwind herrscht gegenwärtig über der südlichen Küste von England. Die Schiffe vom Kontinent treffen mit starker Verzögerung ein und führen die Ueberfahrt nur mit größten Schwierigkeiten aus. Auch aus dem Inneren des Landes kommen Sturmberichte. In verschiedenen Städten mußten die Fährerinnen abgefragt werden. Mehrere tausend Telefon- und Telegraphenleitungen sind niedergelegt worden. Die meisten Telegraphenverbindungen zwischen London und dem Süden, sowie dem Festlande sind unterbrochen. In verschiedenen Städten wurden Personen durch heruntergefallene Dachziegel verletzt. In der Provinz Wales sind mehrere Flüsse über die Ufer getreten.

Wie man durch zwei Boxkämpfe zum Millionär wird! Der Weltbühnenmeister Dempsey hat beschlossen, mit dem Kegerhopper Harry Mills sich zu treffen. Bis jetzt hat Dempsey das Zusammentreffen mit diesem Gegner wegen seiner schwarzen Hautfarbe abgelehnt. Auch hat Dempsey einen Betrag unterzeichnet, wonach er sich verpflichtet, nunmehr auch gegen Tom Gibbon zu kämpfen. Diese beiden Treffen werden Dempsey den Betrag von 1 Million Dollar einbringen.

Zusammenstoß einer Rangiermaschine mit zwei Autos. Eine Rangiermaschine der Pennsylvania-Eisenbahn in den Vereinigten Staaten von Nordamerika stieß im Nebel mit zwei Automobilen zusammen. Von den Insassen sind vier Männer und zwei Frauen tot.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin E. 14, Scholtzstr. 37/38, Hof 2 Etz. Kameradschaft Tempelhof, Untergruppe Lichterstraße, Donnerstag, den 12. Febr., abends 9 Uhr, öffentliche Kundgebung im Waldrestaurant Lichterstraße. Ansprache des Kameraden Georg Läubert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 11. Februar:
10. Abt. 7 1/2 Uhr Schallende bei Zimmer, Rigor Str. 81, Schulz-Gesamtheit 30, Bombe, Bojatz 26, und Dorfowitz, Schreinerstr. 52.
11. Abt. Tempelhof, 8 Uhr Schallende, 1. Bezirk im Hotel „Der Dorfowitz“, Dorfstr. 46; 2. - 5. Bezirk gemeinsam im Hotel „Der Dorfowitz“, Friedlich-Str. 60, Dorfowitz. Thema: „Das deutsche Antord und wir“. Referent: Gen. Dr. Karlen. 6. Bezirk bei Lange, Ringbahnstr. 4. Thema: „Das deutsche Antord“. Ref.: Gen. Wiltauer. 7. Bezirk bei Wansitz, Oberlandstr. 1. Thema: „Was muß jeder von den Krankenlisten wissen?“. Ref.: Gen. Wiltauer.
Morgen, Donnerstag, den 12. Februar:
10. Abt. Am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, findet auf dem Friedhof Prenzlauer Allee 7, die Beerdigung der Genossen Ropp statt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Einheit der Gewerkschaften.

Moskau hat das Wort.

Der Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die russischen Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen, wenn vorher eine Erklärung abgegeben wird, daß die Russen den Wunsch haben, dem Internationalen Gewerkschaftsbund beizutreten, ist den bolschewistischen Spaltungsbrüdern in die Knochen gefahren. Erst heute morgen gibt das Berliner Bolschewistenblatt seinen Lesern Kenntnis von diesem Beschluß, indem es die Mitteilungen des „Daily Herald“ wiedergibt. Das Berliner Bolschewistenblatt hat offenbar von Moskau noch keine Anweisung erhalten, wie es sich zu dem Beschluß stellen soll, und enthält sich also einer eigenen Stellungnahme. Es bemerkt nur, auch wieder nach dem „Daily Herald“, daß die deutschen Amsterdamer immer auf dem reaktionären Flügel gestanden hätten und fügt dann aus eigenem Hinz, daß die deutschen Gewerkschaftsvertreter damit „in direktem Gegensatz zu den Rollen der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland handeln, denn fast überall, wo die Einheitsfrage zur Debatte stand, wurden Beschlüsse für die Einheit gefaßt.“

Die „Rote Fahne“ besteht zu scherzen. Gerade wir sind immer für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und gegen die Spalter aufgetreten. Wir haben von vornherein erklärt, daß wir für die Aufnahme der russischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien, d. h. auf Grund der Statuten und Beschlüsse des IGB, eintreten. Das ist es aber gerade, was die Bolschewisten nicht wollen.

Der Eintritt der russischen Gewerkschaften in den IGB hat zur Voraussetzung ihren Austritt aus der Roten Gewerkschaftsinternationale, was gleichbedeutend ist mit deren Auflösung. Er hat weiter zur Voraussetzung die Auflösung der sogenannten Internationalen Propagandakomitees, die von den Russen in den verschiedenen Ländern zur Spaltung der Gewerkschaften unterhalten werden. Mit einem Wort, die russischen Gewerkschaften sollen nicht besser und nicht schlechter behandelt werden, als die Gewerkschaften irgend eines anderen Landes. Sie sollen dieselben Rechte genießen, wie die Gewerkschaften Deutschlands, Englands usw.; sie sollen aber nicht das Recht haben, sich in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften der anderen Länder zu mischen. Sie sollen auch nicht das Recht haben, der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale anzugehören, die es sich zur Aufgabe setzt, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu vernichten. Wenn die russischen Gewerkschaften diesen übrigens aussichtslosen Vernichtungszug aufgeben, sind sie uns willkommen.

Sie mögen innerhalb der Grenzen ihres Landes und ihres Aktionsbereichs den Kampf so führen, wie sie es für gut und notwendig halten, genau so, wie die englischen Gewerkschaften ihre Kämpfe und Aktionen gemäß ihren eigenen Beschlüssen führen. Nicht die deutschen Gewerkschaften und nicht die Gewerkschaften irgend eines anderen Landes, soweit sie dem IGB angeschlossen sind, haben jemals darüber den englischen Gewerkschaften Vorschriften zu machen versucht, oder gar in England irgendwelche Komitees unterhalten, die beauftragt sind, die Beschlüsse und die Tätigkeit der englischen Gewerkschaften zu durchkreuzen. Das ist bisher allem von der Leitung der russischen Gewerkschaften geschehen. Die englische Labour-Regierung und die englischen Gewerkschaften sind in maßvoller Weise von den russischen Bolschewisten verleumdet worden. Wenn der „Daily Herald“ so tut, als sei es durchaus in Ordnung, so haben wir keinerlei Ursache, den Engländern darüber Vorschriften zu machen. Soweit die Gewerkschaften der anderen Länder in Betracht kommen, sind sie sich mit den englischen Gewerkschaften darüber einig, daß die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf Grund des Beschlusses des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Wien hergestellt werden muß. Dazu hat nun Moskau das Wort.

Vorläufige Vereinbarung auf den Werften.

Keine Verständigung in der Arbeitszeit.

Stettin, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Gefahr eines Konflikts in der Werftindustrie ist noch nicht behoben. Am Dienstag fanden wieder Verhandlungen statt, die aber kein abschließendes Ergebnis zeigten. Auf Vorschlag eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums kam eine vorläufige Vereinbarung zustande, nach der am 17. Februar erneut im Reichsarbeitsministerium verhandelt werden soll und die Arbeitgeber sich verpflichten, die durch Vereinbarung oder durch Schiedsspruch zu regelnden Löhne ab 2. Februar zu zahlen. Die Vertreter der Werftarbeiter mußten die Erklärung abgeben, bis zur Erledigung dieser kommenden Verhandlung an der jetzigen Arbeitszeit nichts zu ändern. Damit ist der Konflikt in der Arbeitszeit keineswegs behoben. Es erscheint freilich ausgeschlossen, daß das Reichsarbeitsministerium durch einen Schiedsspruch, der den Reinfundertag praktisch aufrecht erhält, eine Wiederholung des vorjährigen Experiments herausbeschwören wird. Daß heute die Gewerkschaften ganz anders gerüstet sind als am Ausgang der Inflation, ist kein Geheimnis.

Zum Kreditverfahren bei der Reichsversicherungsanstalt.

Der AFA-Bund wendet sich gegen eine Entschärfung des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, in der das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten als gefährdet hingestellt wird, wenn das Reichsarbeitsministerium als aufsichtsführendes Organ der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte deren Kreditgewährung

nachprüft. Die Selbstverwaltung ist in Wirklichkeit gefährdet durch die Art, wie die letzte Wahl zu den Körperschaften durchgeführt wurde. Die dabei geübte Ausschaltung von Laien und von Versicherten macht die Selbstverwaltung zu einer Farce. Im übrigen hätten die bekanntgemachten Vorgänge die völlige Unzulänglichkeit der augenblicklich zu Unrecht im Amt befindlichen Körperschaften zur Genüge bewiesen.

Der AFA-Bund erklärt weiter: Wenn wir bisher davon Abstand genommen haben, die uns durch umfangreiches Material bekannt gemordenen Mißstände, insbesondere den schmerzhaften Geldvermittlungsbetrieb bei jener Anstalt, schon bei der diesmaligen Erörterung zum Reichsarbeitsministerium im Reichstag zur Sprache bringen zu lassen, so lediglich aus dem Grunde, weil wir einem auf Grund unseres veröffentlichten Materials eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen schwebenden Verfahren und den sonstigen vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten und ebenfalls noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen nicht vorzugreifen beabsichtigen. Wenn die vom Reichsarbeitsministerium verlangten Auskünfte nicht befriedigend ausfallen, so wird der AFA-Bund, abgesehen von anderen Maßnahmen, das gesamte vorliegende Material dem Reichstag zur Prüfung unterbreiten müssen. Es sind inzwischen weitere Fälle bekanntgeworden, daß einzelne Kommunen sich geradezu durch eine Kette von Vermittlungsagenten hindurchwinden müssen und der direkte Verkehr mit der AFA zur Erlangung von Krediten völlig verbannt ist. Neben den gewerkschaftlichen Vermittlern haben sich ehemalige Offiziere und auch abgebaute Beamte der AFA selbst dieser anscheinend sehr einträglichen Vermittlung häufig zugewandt.

Der Bundesausschuß des AFA-Bundes wird am 24. Februar zusammentreten und nach der Entgegennahme des Berichtes über den Kreditverkehr der Angestelltenversicherung die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen beschließen.

Auch eine Verächtigung.

Die Arbeiter und Angestellten der ACO haben sich ganz besonders gegen den heimtückischen kommunistischen Ueberfall auf Reichsbannerleute im Anschluß an die sozialdemokratische Kundgebung gegen den Rechtskurs gewandt, weil das Betriebsratsmitglied Bernhard Wolff so schändlich malträtiert wurde. In Nr. 61 des „Vorwärts“ vom 5. Februar erwähnten wir eine dritte Entschüpfung aus der ACO, und zwar aus der Apparaturfabrik A2, die uns von der Fraktion der SPD zugegangen war. Wir hatten diese nicht als Einsender der Entschüpfung bezeichnet, aber auch nicht etwa den Betriebsrat der A2. Letzterer verlangt dennoch eine Verächtigung von uns. Die Resolution habe keiner Betriebsversammlung vorgelesen. Der Betriebsrat habe die Resolution abgelehnt.

Wir geben also hiermit davon Kenntnis, daß dieser Betriebsrat den heimtückischen Ueberfall auf seinen Kollegen nicht nur stillschweigend billigt, sondern wünscht, daß öffentlich festgestellt wird, er habe eine Kundgebung abgelehnt, die den Trennungsschritt zieht gegenüber den mit Schlagringen und Messern arbeitenden Banden. Die Belegschaft wird sich dessen bei der bevorstehenden Betriebsratswahl erinnern.

Die berufliche Gliederung der englischen Arbeiterschaft.

Vor kurzem ist die Berufstatistik Englands für das Jahr 1921 erschienen. Von den über zwölf Jahre alten männlichen Personen, deren Zahl 18 901 000 beträgt, waren 12 112 000 beruflich tätig und 1 788 000 beschäftigungslos oder im Ruhestand. - Von den 15 699 000 weiblichen Personen waren 8 065 000 beschäftigt und 10 634 000 ohne Beschäftigung. Die Zahl der in den wichtigsten Berufen Beschäftigten betrug:

Landwirtschaft	1 171 298	männlich	88 082	weiblich
Bergbau	1 081 749	„	5 364	„
Metallindustrie	1 540 238	„	109 074	„
Textilindustrie	871 964	„	608 968	„
Transportwesen	1 420 563	„	63 580	„
Handel	1 063 120	„	406 056	„
Privatangestellte	568 084	„	429 695	„
Bauarbeiter	503 535	„	1 748	„
Waler	204 811	„	2 808	„
Dausangestellte	339 944	„	1 676 425	„

Schiedsspruch für den Mansfelder Bergbau.

Halle, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Schiedsgericht für den Bergbau fällt am Dienstag unter Vorsitz des Schlichters Dr. Lütgens-Magdeburg einen Schiedsspruch dahin, daß für den Bezirk des Mansfelder Kupferschiefer-Bergbaus eine Lohnerhöhung von 20 Proz. einzutreten habe. Der Feuerlohn erhöhe sich von 3,10 auf 3,78 M., und die Löhne der übrigen Kategorien in ähnlichem Verhältnis. Die Annahmefrist läuft am 17. Februar ab.

Befoldungsreform in Frankreich.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer beschloß am Dienstag mit der Neuordnung der Beamtenbefoldung. Der Regierungsentwurf sieht Erhöhung der Beamtengehälter und Staffelung zwischen 5600 und 40 000 Frank jährlich vor. Die Orts- und Kinderzulagen sollen gleichfalls erhöht werden. Diese Aufbesserung der Beamtengehälter wird eine weitere Belastung des Haushalts um 888 Millionen Frank ausmachen. Die Beamtenorganisationen fordern ein Mindestgehalt von 6000 Frank. Finanzminister Clementel wies darauf hin, daß das Mindestgehalt von 5600 Frank nur bei etwa 10 000 Beamten in Frage komme, daß Mindestgehalt in Paris belaufe sich auf 7600 Frank.

Der verbindlich erklärte Schiedsspruch für das Baugewerbe, den wir in unserer heutigen Morgenausgabe auf Grund einer bürgerlichen Korrespondenz mitteilten, bezieht sich auf Rheinland-Westfalen. Es ist vielfach irrtümlicherweise angenommen worden, daß diese Verbindlichkeitsklärung Berlin betreffe. Für Berlin ist ein Schiedsspruch überhaupt nicht gefaßt worden.

Rechtsanwalt Mr. Wolff: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Catenius; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich, Hansen; Neulichen: R. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Korbädt; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Deut. Singer u. Co., Berlin SW 68, Reinhardtstr. 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Pillate Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Pilsberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswert, gediegene Arbeit

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Wobijouplatz 12, Hol. part.
Nähe Hackescher Markt.
Zahlungsverleichterung
Telephon: Alexander 4112

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Heften, Geragen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhaushaus Litzmann
E 54, Litzmannstr. 31/32
Berlin 10220/21

Das Buch für Weib und Mann:
Kinderland 1925
Preis 1,25 Mark
zu haben in der Buchhandlung S. S. W. Drey in der Duxenstraße 100
Buchdruckerei: Vindensstraße 3, Ferner in allen Buchhandlungen, Buchhändler und -Kaufleute nehmen ebenfalls Bestellungen gerne entgegen.

Fritz Reumann
Kaufmann, Raisinstraße 53
die billige Bezugsquelle für
Lack- und Lackstoffe
2. Geschäft: Anzengruber-Str. 27

Abreißkalender 1925
Der in Liefer und begebene Kalender sollte in jeder Familie und in jedem Büro haben!
Preis 2 Mark
zu haben in der Buchhandlung S. S. W. Drey und in der Buchdruckerei Vindensstraße 3, Ferner in allen Buchhandlungen, Buchhändler und -Kaufleute nehmen ebenfalls Bestellungen gerne entgegen

Der gute Kapillän-Kaufabak
in den meisten Apotheken erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3661

Kräuter-Franzbranntwein
Überall erhältlich
Ropp & Joseph,
Berlin W.

Kinderland 1925
Preis 1,25 Mark
zu haben in der Buchhandlung S. S. W. Drey in der Duxenstraße 100
Buchdruckerei: Vindensstraße 3, Ferner in allen Buchhandlungen, Buchhändler und -Kaufleute nehmen ebenfalls Bestellungen gerne entgegen.

Berlin staunt
über Qualität und Billigkeit unserer Leibesamen
Sport- u. Jackenwolle per Pfund nur Mk. 6,50
Lieferante: Fortbewegung, Strampfmaschine, raumers Kampfgürtel 100 Gramm 1,10 Mk. Ferner Reithelm, Reithose und Reithut. Besten an jedermann, auch in kleinen Quantitäten von 500 Gramm abwärts.
Wollvertrieb Bahnhof Börse
In der Gendarmenbrücke 7, im Hause Café Dobrin.
Kauf-Verkauf und Versandt gratis.

Botenfrauen
Recht sofort ein
Vorwärts-Angebote
Charlottenburg,
Sosaingasse Straße 1.